

Presseinformation

17. Januar 2011

Zu Clements „GEGEN“-Thesen:

Wofür Umweltaktivisten sind

Die wahren Neinsager sind meist Politik, Groß- und Finanzwirtschaft

LANDAU. In der - gar nicht so voll besetzten - Landauer Jugendstilfesthalle durfte „Welt-ökonom“ W. Clement einmal mehr die vertraute These vertreten, dass Umweltaktivisten *einfach gegen alles* seien (s. RHEINPFALZ-Artikel „*Troubadix und Cassandra*“ vom 15. 1. 2011). Dies darf nach Ansicht des BUND Südpfalz so nicht stehen bleiben.

Umwelt- und Naturschutz ist schon aus Verantwortung für unsere Kinder und Enkel eine **Positiveinstellung**, der ein unpolemischer gesellschaftlicher Dialog wichtig ist. Umweltschützer sind daher z. B. *dafür*,

- dass **frühzeitige Bürgerbeteiligung und ergebnisoffene Grundsatzanhörung** bei ökonomisch und ökologisch fragwürdigen Großprojekten vermeiden helfen, dass vollendete Tatsachen den gesellschaftlichen Frieden untergraben; sie sind dafür, dass bei der Lösung eines Transportproblems **eine integrierte, Verkehrsträger übergreifende Planung**, die auch die Nullvariante im Auge behält, Anwendung findet;
- dass die Bahn die acht Milliarden Euro für „*Stuttgart 21*“ zur Bewältigung des Güterfernverkehrs einsetzen sollte, so z. B. für den Ausbau der **Rheintalstrecke**; nach bevorstehender Vollendung des Gotthard-Basistunnels müssen spätestens an der Schweizer Grenze sowie alle LKW im Europatransit auf die Schiene;
- dass so endlich auch das Geld für die Herstellung von **Zweigleisigkeit zwischen Winden und Wörth** zur Verfügung steht, um damit den fast tagtäglichen Ärger der 26.738 Pendler (Bundesarbeitsagentur v. 30. 06. 2011) zwischen Südpfalz und Technologieregion Karlsruhe zu beenden;
- dass statt einer Börsenbahn wieder eine **Bürgerbahn** entsteht;
- dass als Kompromiss die **B 10 zwischen Landau und der Westpfalz** durchgängig dreispurig mit Tageszeit angepasster intelligenter Verkehrssteuerung ausgebaut wird und dass dies flankiert wird durch Einsatz eines Regionalexpress zwischen Karlsruhe und Saarbrücken;

- dass die von uns gewählten Politiker aus der Endlosserie von **Nahrungsmittelskandalen** - von BSE, Klärschlammverunreinigung über Gammelfleisch bis hin zum aktuellen Dioxinskandal - endlich Konsequenzen ziehen, die über bloße Symbolpolitik hinausgehen;
- dass endlich eine **Mittelstandspolitik** betrieben wird, die diesen Namen verdient; vor allem dass ab 2013 eine andere Subventionspolitik („grüner und gerechter“) das **flächenhafte Bauernsterben** beenden kann – im Interesse von ländlichen Arbeitsplätzen, Landschaftsbild, Natur und Tourismus;
- dass die Förderung **regionaler Wirtschaftskreisläufe** Ressourcen spart, Verkehr vermeidet und Arbeitsplätze in der Region hält;
- dass die Kritiker des Erneuerbare-Energiengesetzes (EEG) endlich zur Kenntnis nehmen, dass die hier fließenden Mittel jeden Vergleich aushalten mit den über 200 Milliarden Euro, die aus unser aller Steuern bisher an die Atomindustrie gegangen sind; zumal die Erneuerbaren, die jetzt schon sich anschicken, in Deutschland bald die Atomenergie vollständig zu ersetzen, ein erstaunliches Wachstum von Wirtschaft und Arbeitsplätzen hervorbringen. Große Konzerne dagegen neigen eher zum Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen;
- dass endlich erkannt wird, dass im Energiebereich der Energieträger **Erdgas und die Kraft-Wärme-Kopplung** (Wirkungsgrad von mehr als 90 Prozent) die eigentliche Brückentechnologien in eine fossilfreie Zukunft sind;
- dass die Energieversorgung sowie andere dem Gemeinwohl verpflichtete Bereiche der Daseinsvorsorge **dezentralisiert und rekommunalisiert** werden müssen. Damit wäre dem Gewinnstreben großer Konzerne, die permanent an der Preisschraube drehen, Unmengen von Spekulationskapital anhäufen und sich außerdem dem Wettbewerb entziehen, ein Riegel vorgeschoben; dezentral können sich Erfindergeist und technischer Fortschritt besser entfalten;
- dass eine durchdachte und staatlich geförderte **Flächenpolitik** die fortschreitende Zersiedlung der schönsten Landschaften, z. B. des Haardtrandes, im Interesse der Allgemeinheit endlich verlangsamt und schließlich stoppt;
- dass zukünftige **Wachstumspolitik** in erster Linie dem Nachhaltigkeitsgedanken gehorcht, damit exakt das wächst, was für Menschen und unsere natürlichen Grundlagen förderlich ist; ein solches Wachstum ist nur vorstellbar, wenn Kapitalströmen kontrolliert werden und Finanzkapital nicht mehr zum Verzocken da ist (vgl. Clements WestLB), sondern investiv eingesetzt wird.

Gegenüber diesen Positivzielen der von Clement kritisierten Umweltaktivisten erweisen sich Politik, Großwirtschaft und Finanzschickeria in offenem oder verdecktem Zusammenspiel häufig als **die eigentlichen Neinsager und raffiniert vorgehenden Bremser**.

Verheißen wird in diesen Kreisen eine Art klassenloses Konsumparadies; in Wirklichkeit wird dabei eine immer tiefer werdende Spur der Zerstörung quer durch Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft gezogen.

Dagegen aber geziemt sich nun wirklich eine entschiedene Antihaltung.